

23.04.2024

Wohin mit dem Rast- und Ruheplatz?

Geht nicht, gibt's nicht: Drei Standort-Vorschläge wurden von der Politik bereits abgelehnt, ein Verzicht auf das Projekt ist aber nicht möglich.



VON OTTO JONEL

Linnich Die Aufwertung der Wegeverbindung Dackelweg in Linnich entwickelt sich immer mehr zu einer Farce. Bislang wurden drei Standorte für einen Platz mit Aufenthaltsqualität geprüft – und verworfen. Zwei der Standorte liegen im Bereich des Neubaugebiets Wiesengrund. Die jüngste Variante – die einzig noch mögliche, wie die Verwaltung betont hatte – fiel nun beim Bau- und Liegenschaftsausschuss in Ungnade.

„Dieses Kapitel beendet“

Thomas Venrath (CDU) erinnerte kurz an einen einstigen Antrag der PKL-Fraktion zur Stärkung der Zuwegung zu den Schulen am Bendenweg. Den Gedanken, so Venrath, solle man nicht aufgeben. Mit dem letztlich vorgeschlagenen Standort würde „dieses Kapitel beendet, und das wollen wir auf keinen Fall“. In der Konsequenz lehnte die CDU im Verbund mit der PKL den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit Mehrheit ab.

Da das Projekt Dackelweg Teil des Integrierten Handlungskonzepts ist, muss es innerhalb des Sanierungsgebiets liegen. Die „einzige“ noch verbliebene Variante, die diese Bedingung

erfüllt, sah den Rast- und Ruheplatz mit Sitzgelegenheiten und Freizeitgeräten hinter dem Wendehammer des Bendenwegs zwischen Grundschule und LVR-Förderschule vor. Über die Notwendigkeit ließe sich streiten. Zwar liegt der Rurufer-Radweg in der Nähe, allerdings bietet der Place de Lesquin nur wenige hundert Meter entfernt schon ausgezeichnete Rast- und Freizeitmöglichkeiten.

Die Stadtverwaltung hatte in der Beschlussvorlage auf ein finanzielles Problem hingewiesen: Es war schon eine Firma mit der ursprünglichen Planung beauftragt worden. Ein neuer Standort könnte Mehrkosten bedeuten. Und selbst wenn die Pläne nicht umgesetzt werden, stehen „erhebliche Kosten durch bereits bestellte und gelieferte Materialien und Geräte“ an, ganz abgesehen von eventuellen Forderungen aufgrund von entgangenen Gewinnen oder Baustellenstillstandskosten. Diese Kosten müsste die Stadt komplett allein tragen.

Die Stadt hat der Bezirksregierung umgehend den ablehnenden Beschluss des Bau- und Liegenschaftsausschusses mitgeteilt. Die Antwort folgte prompt: „Die Bezirksregierung hat darauf hingewiesen, dass der Gesamtwegfall der Maßnahme nicht möglich sei“, eröffnete Bürgermeisterin Marion Schunck-Zenker (SPD) dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am Donnerstag.

Verzicht ist also keine Option. Es würden nun weitere Abstimmungen erfolgen und es werde überlegt, „wie wir damit umgehen“. Außerdem würden weitere Möglichkeiten geprüft. Die Bürgermeisterin sagte für die Stadtratssitzung am 25. April eine Vorlage als Entscheidungsgrundlage zu.